KATHOLISCHE FRAUENGEMEINSCHAFT DEUTSCHLANDS kfd

04. FEBRUAR 2013 – PRESSE

Beschränkung der PID auf wenige Fälle nicht gesichert: Katholische Frauengemeinschaft kritisiert Entscheidung des Bundesrates zur PID-Rechtsverordnung.

"Die im Bundesrat beschlossene Rechtsverordnung garantiert weder eine Beschränkung der PID auf wenige Fälle, noch gewährleistet sie eine unabhängige und ergebnisoffene Beratung der betroffenen Paare", so kommentiert die Bundesvorsitzende der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), Maria Theresia Opladen, den jetzt von der Länderkammer verabschiedeten Kompromiss, der die Anwendung der Präimplantationsdiagnostik (PID) regeln soll.

Im Vorfeld der Entscheidung hatte der Verband vor allem kritisiert, dass die Zahl der Zentren, in denen die PID durchgeführt werden darf, nicht begrenzt werden sollte.

So sollte jede Klinik, die die medizinischen Auflagen erfüllt, automatisch auch die PID anbieten dürfen. Das ist nach der jetzt beschlossenen Rechtsverordnung nicht mehr der Fall.

Vielmehr muss bei der Zulassung der Zentren der tatsächliche Bedarf berücksichtigt werden. Diese Beschränkung reicht jedoch aus Sicht der kfd nicht aus, um das Kernanliegen des Gesetzgebers zu wahren, die PID nur in absoluten Ausnahmefällen

zuzulassen.

Darüber hinaus hatte der Verband den verpflichtenden Hinweis gefordert, dass die betroffenen Elternpaare einen Anspruch auf eine unabhängige psychosoziale Beratung haben. So weit geht der Bundesrat jedoch nicht.

Stattdessen legt die Rechtsverordnung lediglich fest, dass die Paare durch Ärztinnen und Ärzte beraten werden, die nicht an der Durchführung der PID beteiligt sind. "Es bleibt zu hoffen, dass die beratenden Ärzte auch ohne gesetzliche Verpflichtung auf diese wichtige Möglichkeit nachdrücklich hinweisen. Nur so kann eine umfassende Beratung der betroffenen Paare garantiert werden", so Opladen weiter.

In ihren Augen ist eine gesellschaftliche Debatte über die Frage "Darf der Mensch alles, was er kann und was rechtlich erlaubt ist?" mehr als notwendig.

Die kfd möchte den Diskurs über ethische Themen stärken und bietet dazu unter dem Titel "LebensWerte" kostenlose Informations- und Arbeitsmaterialen an.

KONTAKT

Barbara Stöckmann

Pressereferentin

Telefon: 0211 44992-25

barbara.stoeckmann@kfd.de

STAND: 04.02.2013